

Schule in Griechenland

Grenzen in der Elastizität - dargestellt an einer Volksschule in Ioannina

Vorbemerkung

Die Frage, ob das griechische Schulsystem zentralistisch oder dezentral organisiert sei, ist leicht zu beantworten. Man braucht nur auf die zentralen Lehrpläne zu verweisen und darauf, daß es für jedes Fach ein einziges Schulbuch gibt. Diese Zentralität jedoch plastisch darzustellen, so daß der Außenstehende sich in den griechischen Schulalltag hineinversetzen kann, ist eine schwierige Aufgabe. Ich unternehme den Versuch, indem ich eine Volksschule (Klassen 1-6) in den Mittelpunkt stelle.

Diese Schule liegt am Rande der Stadt Ioannina. Die Stadt selbst liegt im Nordwesten Griechenlands, in der Nähe der albanischen Grenze. Das Besondere an dieser Schule ist, daß sie einen sehr hohen Prozentsatz von Migrantenkindern aus dem Nachbarland Albanien aufgenommen hat: Von insgesamt 104 Kindern sind 39 aus Albanien eingewandert. Von diesen gehören 31 der dort lebenden griechischen Minderheit an.

Zum Lehrpersonal dieser Schule gehören sieben Lehrer, ein Lehrer für die «Sonderklasse» (hierauf komme ich zurück), der Schulleiter sowie zwei Lehrer für Englisch und Sport, die stundenweise beschäftigt sind. Ich habe diese Schule ausgewählt, weil an ihrem Beispiel gezeigt werden kann, wie eine Schule im zentralistischen griechischen Schulsystem einem Sonderproblem - wie dem Ausbildungsproblem von Übersiedler- und Migrantenkindern - begegnen kann. Zunächst aber einige allgemeine Ausführungen über das griechische Schulsystem.

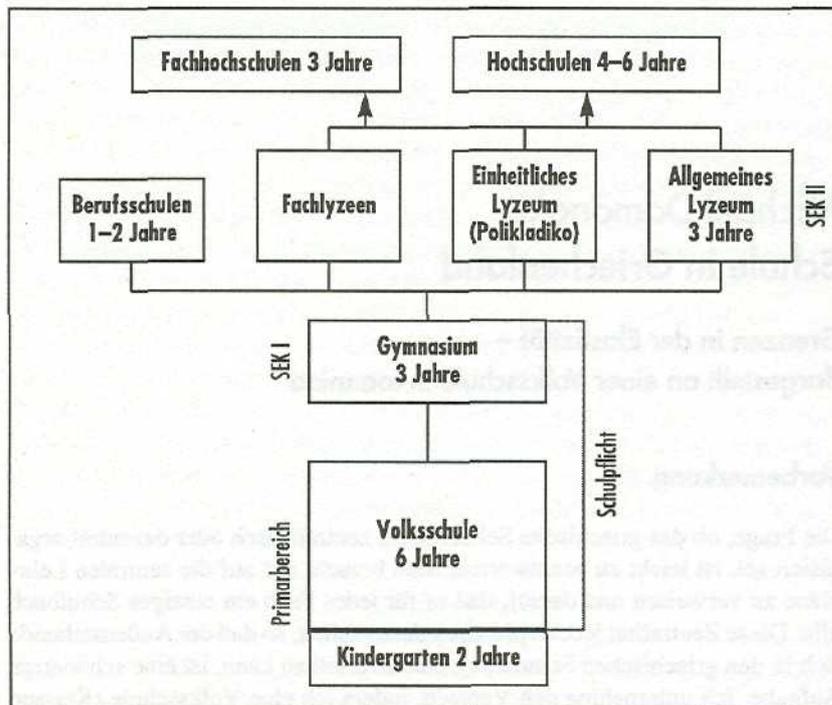


Abb 1.: Die Struktur des griechischen Schulsystems: Wegen des in Deutschland verständlicherweise oft vorkommenden Mißverständnisses weise ich darauf hin, daß die Sekundarstufe I in Griechenland tatsächlich als Gymnasium bezeichnet wird, die Sekundarstufe II hingegen als Lyzeum.

Struktur der Administration

Die Volksschule (Dimotiko) in Griechenland umfaßt sechs Schulklassen. Sie stellt das größte Glied in der Kette Volksschule-Gymnasium-Lyzeum dar. In der Volksschule wird der größte Teil der neunjährigen Schulpflicht absolviert. Trotzdem weist der Volksschulunterricht kaum einen Zusammenhang mit dem auf ihn aufbauenden Gymnasium auf. In diesem Sinne ist die Volksschule ein unabhängiger Teil eines Schulsystems, welches mit ihr beginnt und in der Universität enden kann (vgl. ausführlich Bouzakis 1987). Der Kindergarten geht der Schule vorweg, aber sein Besuch ist nicht verpflichtend.

Das einheitliche Lyzeum (Polikladiko) ist wenig verbreitet (ähnlich wie die Gesamtschulen in manchen deutschen Bundesländern). Nur im Ausnahmefall gibt es sogenannte Fachlyzeen. Ein duales Berufsbildungssystem wie in Deutschland gibt es nicht. Die wenigen berufsbildenden Schulen gehören nicht zum Pflichtschulbereich. Dem monolithischen Aufbau des Schulwesens entspricht eine streng hierarchische und bürokratische Administration, die personell folgendermaßen gestaltet ist: Administration im griechischen Primär- und Sekundarbereich

1. Minister
2. Parlamentarischer Staatssekretär
3. Generalsekretär des Erziehungsministeriums
4. Generaldirektor für den Primär- bzw. Sekundarbereich
5. Präfekt
6. Leiter der Bezirksschulverwaltung
7. Leiter der Schulverwaltung im Unterbezirk
8. Schulleiter
9. Stellvertretender Schulleiter

Auf der Ebene der Bezirke und auf der zentralen Ebene im Ministerium sind sogenannte Amtsräte eingerichtet, an denen auch Vertreter der Lehrgewerkschaften beteiligt sind.

Die Lehrgewerkschaften selbst sind nach Schulstufen (Primarbereich, Sekundarbereich) organisiert. Sie funktionieren oft als Gegengewicht zu der bürokratischen, streng hierarchisch organisierten und nicht selten autoritären Schuladministration. Der Einfluß der Gewerkschaften manifestiert sich beispielsweise auf Schulebene darin, daß nicht der Schulleiter, sondern das Lehrerkollegium befugt ist, diejenigen Entscheidungen zu treffen, für die den Schulen Spielraum gelassen wird.

Insgesamt aber ist die Administration stark zentralistisch und überläßt sowohl der Bezirksschulverwaltung als auch den im Schulsystem handelnden Personen wenig freien Raum. Die meisten Entscheidungen werden im Erziehungsministerium getroffen, so daß die darunter angesiedelten Schulbehörden lediglich als Ausführungsorgane funktionieren. Erst vor fünf Jahren wurde beispielsweise die Instandhaltung der Schulgebäude den Städten und Gemeinden überlassen. Heute noch - um ein anderes Beispiel zu nennen - muß der Rücktritt eines Schulleiters vom Ministerium angenommen werden.

Der Lehrplan

Der zentralistische Charakter des griechischen Schulsystems kommt besonders gut in den Lehrplänen, Lehrmitteln und Stundenplänen zum Ausdruck.

Die Lehrpläne werden vom sogenannten Pädagogischen Institut, einem Organ des Erziehungsministeriums, entworfen und vom Minister genehmigt.

Sie sollen ohne Abweichung von allen Schulen des Landes realisiert werden, unabhängig davon, ob eine Schule in einer Großstadt wie Athen liegt oder in einem gebirgigen Kleindorf, von nur sieben Kindern besucht wird und wie eine Zwergschule

funktioniert. Die Lehrpläne sind in der Regel keine Rahmenpläne, sondern legen den Lehrstoff bis in die Details fest.

Die Lehrmittel

Die genaue Festlegung des Lehrstoffes findet ihren Ausdruck in den Schulbüchern. Es gibt nur ein Schulbuch für jedes Fach, jeweils von einem Lehrerhandbuch begleitet. Die Lehrerhandbücher geben in der Regel detaillierte Instruktionen bezüglich der Gestaltung des Unterrichts. Die Entwicklung, Beurteilung und Genehmigung der Schulbücher gehört zu den Aufgaben des «Pädagogischen Instituts». In der Regel wird ein Lehrbuch von abgeordneten Lehrern erarbeitet, die vom Institut benannt werden. Hiermit aber ist nur scheinbar gewährleistet, daß eine Pluralität von Auffassungen bei der Schulbuchentwicklung berücksichtigt wird. Zumeist nämlich gehören Mitglieder des Instituts selbst zu den Verfassern eines Lehrbuches, für dessen Begutachtung und Genehmigung sie anschließend zuständig sind. Hier wird ein Mechanismus zur Tradierung von Uniformität im griechischen Schulwesen deutlich: Die Lehrkräfte arbeiten streng nach Lehrplänen, die durch Lehrbücher für die Praxis aufbereitet werden, welche unter zentraler Kontrolle entstehen. Unterrichtsmaterial neben den Lehrbüchern gibt es kaum, und die meisten Lehrkräfte sind nicht damit vertraut, andere Materialien zu benutzen.

Stundenplan und Tagesablauf

Ein anderer Aspekt der Uniformität des griechischen Schulsystems ist der Wochenstundenplan. Dieser Stundenplan ist für alle griechischen sechsklassigen Volksschulen nahezu einheitlich gestaltet. Die Plazierung des Sprach- und Mathematikunterrichts in den ersten Schulstunden geht auf einen alten Runderlaß zurück, der sich seinerseits auf die pädagogische Erkenntnis stützte, daß die Hauptfächer, die von den Schülern hohe Konzentration verlangen, in den Morgenstunden unterrichtet werden sollen.

Die Gestaltung des Wochenstundenplanes in der dargestellten Form wird organisatorisch dadurch ermöglicht, daß es im Volksschulbereich kaum Fachlehrer gibt, so daß jeder Lehrer fast den gesamten Unterricht einer Klasse übernimmt. Doch nach Aussagen des Schulleiters unserer Beispielschule wird immer mehr von dieser Praxis abgewichen, seit Fachlehrer in den Volksschulen unterrichten. Dies ist seit ca. zwei Jahren der Fall: Seitdem werden die Fremdsprachen sowie die Fächer Sport, Musik und Kunst zunehmend von Fachlehrern übernommen. Im übrigen meinte der Schulleiter der Beispielschule, daß es sich aus seiner Sicht keineswegs bewährt habe, den Griechisch- und Mathematikunterricht in den ersten drei Stunden zu plazieren. Die meisten Schulen halten aber an dieser Tradition fest. Insofern ist der Tagesablauf aller Volksschulen sehr ähnlich, wenn nicht gleich.

Man sagt ironisch, daß der griechische Erziehungsminister in seinem Büro in Athen sitzen kann und dennoch zu jeder Stunde weiß, was in den Schulen «seines» Landes unterrichtet wird.

Möglichkeiten und Grenzen im Umgang mit einem Sonderproblem

Zusammenfassend ist aus meiner Sicht das Hauptcharakteristikum des griechischen Schulsystems Uniformität, die ihrerseits Folge des Zentralismus ist. Diese Merkmale zwingen das Lehrpersonal zu einer ebenfalls zentralistischen und bürokratischen Denk- und Verhaltensweise. Diese manifestiert sich beispielsweise darin, daß das Lehrpersonal sich in der Mehrzahl der Fälle hauptsächlich darum bemüht, den Stoffplan zu erfüllen. Das mit der Schulverwaltung beauftragte Personal seinerseits

ist bemüht, die Erfüllung der vom Zentrum vorgeschriebenen Maßnahmen zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten. Damit geraten die pädagogische Arbeit und die Selbständigkeit zwangsläufig an die zweite Stelle.

Es stellt sich die Frage, ob unter diesen Umständen der Schulleiter der ausgewählten Schule und der Leiter der Bezirks Verwaltung Möglichkeiten haben, dem Ausbildungsproblem der aus Albanien kommenden Schüler zu begegnen.

Wir stellten ihnen deshalb die folgende Frage: «Die Einwanderung von schulpflichtigen Kindern aus dem Nachbarland Albanien stellt speziell die Schulen im Schulbezirk von Ioannina vor eine Reihe von Problemen. Wie frei sind Sie und welche Möglichkeiten haben Sie, diesen Problemen zu begegnen?»

Den ersten Teil der Frage haben beide abwehrend beantwortet. Beide sagten spontan: «Wir sind überhaupt nicht frei».

Auf die Frage nach seinen Handlungsmöglichkeiten reagierte der Schulleiter ebenfalls negativ; er verwies auf die Bezirks Verwaltung.

Der Leiter der Bezirksverwaltung meinte seinerseits, daß die Möglichkeiten der Verwaltung sehr begrenzt seien; man sei mehr oder weniger von ministeriellen Verordnungen und Erlassen abhängig und habe wenig Spielraum.

Die gesetzliche Lage

Für die aus Albanien kommenden Schüler sind bis heute keine Sondermaßnahmen ergriffen worden. Für sie gelten die Regelungen, die Ende der 70er Jahre für die Kinder ergriffen wurden, welche aus den Ländern, in die ihre Eltern als Arbeitsmigranten gegangen waren, nach Griechenland zurückkehrten (siehe hierzu z. B. Hopf 1992). Diese Maßnahmen zielten vor allem auf eine schnelle Eingliederung der Rückkehrerkinder in das bestehende Schulsystem.

Laut Gesetzgebung können die Rückkehrerkinder - und somit auch die aus Albanien kommenden Kinder - in «Schulen für Rückkehrer», in «Aufnahmeklassen» oder in «Förderkursen» zusammengefaßt und unterrichtet werden (siehe Damanakis 1987, S. 171). Rückkehrerschulen existieren zur Zeit nur in Athen und in Thessaloniki. Aufnahmeklassen und Förderkurse gibt es dagegen in mehreren Städten. Nach dem Gesetz können Aufnahmeklassen und Förderkurse auf Vorschlag des Leiters der jeweiligen Bezirksschulverwaltung vom Präfekten eingerichtet werden. In diese Klassen und Kurse dürfen allerdings nur jene Kinder und Jugendlichen aufgenommen werden, die seit weniger als zwei Jahren in Griechenland leben. Das bedeutet, daß ein Schüler in einer Aufnahmeklasse nicht länger als zwei Jahre bleiben darf. Die Zahl der Schüler pro Förderkurs bewegt sich zwischen drei und neun. Ab zehn Kindern oder Jugendlichen wird eine Aufnahmeklasse eingerichtet, deren Lehrplan, wie es heißt, den Bedürfnissen der Schüler angepaßt werden soll. In den Förderkursen kann sechs Wochenstunden Unterricht erteilt werden.

Eine andere Maßnahme, in die auch Rückkehrerkinder einbezogen werden können, obwohl diese eigentlich nicht für sie vorgesehen war, sind die sogenannten Sonderklassen. Solche Klassen können per Präsidentenerlaß in jeder Schule eingerichtet werden; sie sollen dazu dienen, jene Schüler in besonderen Lerngruppen zu fördern, die ernsthafte Lern Schwierigkeiten haben. Zu diesem Zweck werden die Schüler stundenweise aus ihren Klassen herausgenommen und in besonderen Lerngruppen, besonders in Griechisch und Mathematik, gefördert.

Im Gegensatz zu den Sonderklassen, die als Dauereinrichtung in den Regelplan der Schule eingegliedert sind, gelten die Aufnahmeklassen und die Förderkurse als Provisorium. Die Förderkurse finden sogar außerhalb des Regelunterrichts in den Nachmittagsstunden statt. Dies hat zur Folge, daß der jeweiligen Schule für Sonderklassen zusätzliche Planstellen zugewiesen werden; für die anderen Maßnahmen

erhalten die Schulen lediglich stundenweise Zuweisungen von Lehrkräften.

Die Schulpraxis

Im offiziellen Wochenstundenplan der ausgewählten Schule sind im Schuljahr 1993/94 weder Sonderklassen noch Förderkurse eingerichtet worden. Seit Beginn des Schuljahres existierte dennoch eine Sonderklasse mit acht Schülern aus verschiedenen Klassen, die in zwei Gruppen zu je vier Schülern einen Fachunterricht in Griechisch und Mathematik erhielten. Die meisten dieser Schüler kamen aus dem Nachbarland Albanien.

Auf unsere Frage, ob es keine anderen Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten gebe, antwortete der Schulleiter, daß streng genommen etwa die Hälfte der Kinder pro Klasse Lernschwierigkeiten habe. Man nehme aber in die Sonderklassen nur solche Schüler auf, die nicht im geringsten dem Regelunterricht folgen könnten. Andernfalls müsse man parallel zu jeder Regelklasse eine Sonderklasse laufen lassen, was nicht der Sinn der Sonderklassen sei. Im übrigen seien die Sonderklassen nicht für die Migrantenkinder gedacht. Für diese Kinder seien Aufnahmeklassen und Förderkurse vorgesehen.

Laut Angaben des Schulverwaltungsleiters hatten jedoch in diesem Schuljahr keine Aufnahmeklassen mehr eingerichtet werden können, weil fast alle Kinder länger als zwei Jahre in Griechenland lebten. Die Förderkurse hätten in der ersten Oktoberhälfte starten sollen (der Unterricht beginnt in Griechenland am 11. September). «Organisatorische» Schwierigkeiten jedoch hätten zur Folge gehabt, daß diese in einigen Schulen erst Mitte Dezember starteten und in manchen anderen, so auch in der ausgewählten Schule, erst nach den Weihnachtsferien beginnen konnten.

Die Verzögerungen bei der Einrichtung der Förderkurse stellt ein plastisches Beispiel dar für den Zentralismus, die Funktionsweisen der Bürokratie und die Verflechtung zwischen Staatsapparat und Politik in Griechenland. Das erklärt sich so:

Wegen der Wahlen am 10. Oktober 1993 wurde nämlich das Geld für die Förderkurse erst Ende Oktober zur Verfügung gestellt, statt Anfang des Monats, wie es üblich gewesen wäre. Solche Verspätungen sind zu Wahlzeiten der Normalfall, weil der Staatsapparat während des Wahlkampfes nicht gut funktioniert; man wartet lieber den Wahlausgang ab, bevor man Verpflichtungen eingeht. Je nach Wahlausgang werden die Führungspositionen in der Staatsverwaltung neu besetzt.

Beim Regierungswechsel wechseln auch die Spitzen der Regional Verwaltungen. Der neue Präfekt von Ioannina hatte die Absicht, sich erst über die Verhältnisse in seinem Bezirk kundig zu machen, bevor er Finanzmittel zuwies. Dabei kam es zu einer Unstimmigkeit zwischen ihm und dem Leiter der Schul-Verwaltung, der der vorherigen Regierung nahestand. All dies hatte Verzögerungen der Mittelzuweisung zur Folge, so daß die Förderkurse erst Mitte Dezember eingerichtet werden konnten.

Drei Monate nach Unterrichtsbeginn hatten also weder die Schul Verwaltung noch die Schulleitung irgendeine Maßnahme ergriffen, die der Sondersituation der Schule Rechnung getragen hätte. Aus diesem Grunde verlief der Schulalltag in der ausgewählten Schule zeitlich wie im Wochenstundenplan und inhaltlich wie vom Lehrplan vorgeschrieben - also ohne Abweichung von jeder anderen Volksschule in der Stadt Ioannina.

So wie in jeder Schule dienen auch in unserer Schule die Schulbücher als Richtschnur. Die Hauptsorge der Lehrkräfte - mit Ausnahme der Lehrer für die Sonderklasse - bestand darin, den Stoffplan zu erfüllen. Diese stoffplanzentrierte Arbeitsweise vernachlässigt zwangsläufig die Schüler, die nicht Schritt halten können, und insbesondere jene, die einen anderen kulturellen und sprachlichen Hintergrund haben, als es üblich ist.

Meine Gespräche mit einigen Klassenlehrern ergaben, daß ihnen die Sondersituation ihrer Schule bewußt war. Sie empfanden aber folgendes Dilemma: Wenn sie den Unterricht den Bedürfnissen der Kinder aus Albanien anpassen würden, müßten sie zwangsläufig vom vorgeschriebenen Arbeitsplan abweichen.

Außerdem betrachteten die Lehrer und der Schulleiter die Einrichtung von Sondermaßnahmen, die den Bedürfnissen der aus Albanien kommenden Schüler Rechnung tragen würden, nicht als ihre Aufgabe: Dies sei Aufgabe der Bezirksverwaltung. Mit dieser Haltung wird die Pflicht der Schule gegenüber den Kindern an die vorgesetzte Behörde weitergereicht. Betrachtet man das unter rein formalen Gesichtspunkten, so ist diese Auffassung korrekt. Die Schulleitung darf lediglich über die Einstufung der Kinder entscheiden: Ob sie in eine ihrem Alter entsprechende Lerngruppe eingegliedert werden oder, bei wahrgenommenen Rückständen, zurückgestuft werden. Wie mir der Schulleiter berichtete, macht man von der Möglichkeit der Rückstufung oft Gebrauch, denn man empfindet diese Maßnahme als Hilfe für die Kinder. Bedenkt man nun außerdem, daß innere Differenzierung im griechischen Schulsystem keineswegs üblich ist, so wird deutlich, daß der stoffzentrierte Unterricht die besonderen Voraussetzungen und Bedürfnisse der Schüler aus Albanien oder anderer Migrantenkinder nicht berücksichtigen kann.

Die Uniformität der Unterrichtspraxis verlangt Anpassung und zwingt die aus einer anderen Weltgegend kommenden Kinder zur Assimilation (vgl. Gotowos/ Markou 1984). Damit werden aber die Probleme eher unter den Teppich gekehrt als gelöst. Der Schulleiter unserer Beispielschule selbst hat diese Problematik auf seine Art deutlich zum Ausdruck gebracht: «Wir haben wie jede andere Schule zu arbeiten, doch unsere Schule ist anders. Wir sind eine Schule mit vielen Problemen, die man aber vergessen hat.»

Der letzte Satz verweist auf die Erwartung des Schulleiters auf Hilfe von außerhalb. Und gerade darin liegt aus meiner Sicht das besondere Problem des griechischen Schulsystems. Man hat das Lehrpersonal jahrzehntelang daran gewöhnt, gehörig zu sein, für jedes Problem Instruktionen von oben zu erwarten und somit keine Initiative zu ergreifen.

Diese Denkweise setzt aber dem Lehrerhandeln selbst Grenzen, die das Gesetz gar nicht vorschreibt. Im Erlaß über die Förderkurse steht beispielsweise nirgendwo, daß die Förderkurse nachmittags stattfinden müssen. Trotzdem werden seit Jahren die Kurse nur in den Nachmittagsstunden angeboten. Welche Argumentationsfigur sich dahinter verbirgt, zeigt ein Gespräch mit dem Schulverwaltungsleiter, aus dem ich eine protokollierte Passage wiedergebe:

I (Interviewer): Nirgendwo im Runderlaß steht, daß Förderkurse nachmittags stattfinden sollen. Warum finden sie trotzdem nur nachmittags statt?

L (Leiter): Vormittags haben die Kinder Unterricht.

I: Der Förderunterricht ist auch Unterricht.

L: Ja, aber die Kinder sollen den Regelunterricht besuchen.

I: Hat dies aber einen Sinn, wenn sie diesem sowieso nicht folgen können?

L: Sicherlich hat es keinen Sinn, aber auf der anderen Seite sollen sie, wie jeder Schüler, den Regelunterricht besuchen. Außerdem würde eine solche Regelung organisatorische Probleme und Unruhe in die Schule bringen.

I: Die Frage der Organisation sollte man der einzelnen Schule überlassen. Wenn es aber organisatorisch möglich ist, dann sollte man wenigstens in einer ausgewählten Schule, die einen sehr hohen Prozentsatz von Schülern aus Albanien hat, und die, wie es scheint, enorme Probleme zu bewältigen hat, den Förderunterricht in den Vormittagsstunden organisieren. Man würde dann die Schüler, die dem Regelunterricht sowieso nicht folgen können - ähnlich wie in der Sonderklasse, die aber nicht für diese

Kinder vorgesehen ist - stundenweise aus ihren Klassen nehmen und fördern. Ich vermute, daß ein so organisierter Förderunterricht effektiver wäre, als der in den Nachmittagsstunden.

L: Theoretisch haben sie vielleicht recht. Doch in der Praxis würde eine solche Regelung nicht funktionieren; allein wegen organisatorischer Schwierigkeiten. Sie würde z.B. den Stundenplan der Schule stark stören.

Aus diesem Gesprächsauszug ergibt sich, daß die Hauptsorge des Verwaltungsleiters sich auf zwei Punkte konzentriert. Auf der einen Seite will er nicht, daß vom Lehrplan abgewichen wird, auf der anderen Seite wünscht er nicht, daß der festliegende Stundenplan, der in seiner Sicht das Organisatorische Gleichgewicht' der Schule garantiert, angetastet wird.

Diese Denk- und Verhaltensweise korrespondiert mit der zentralistischen und uniformen Arbeitsweise des griechischen Schulsystems - aber auch mit der zentralistischen Lehrerbildung¹¹ - und trägt zu ihrer Reproduktion wesentlich bei.

Die Uniformität läßt keinen Spielraum für das Andersartige. Daher werden beispielsweise Migrantenkinder - seien sie nun Einwanderer oder Rückkehrer - zur Konformität und Anpassung geführt. Man könnte annehmen, daß die Anwesenheit von vielen Kindern mit Migrationserfahrungen oder anderem sprachlichen und kulturellen Hintergrund als den für üblich betrachteten eine gewisse Innovation ins griechische Schulsystem hineingebracht hätte. Da aber die für sie vorgesehenen Regelungen ausschließlich als Abweichung von der Regel gelten, kann von Innovation nicht die Rede sein. Die Uniformität des öffentlichen griechischen Schulsystems bleibt von solchen Maßnahmen im Kern unberührt; die veränderte Schülerschaft hat also keine Innovationskräfte belebt.

Es wäre sicherlich interessant, der Frage nachzugehen, ob der europäische Einigungsprozeß das griechische Schulsystem zu Innovationen bewegen wird. Ich vermute, daß die Zentralität des griechischen Schulsystems - trotz ihrer negativen Seiten - in Hinsicht auf die europäischen Entwicklungen insofern von Nutzen sein kann, als weniger zentralistische Konzepte anderer Länder zentral aufgegriffen und entsprechende Maßnahmen verordnet werden können.

Auf der anderen Seite befürchte ich aber, daß die Uniformität, die mit der Zentralität einhergeht und sich nicht nur in Struktur, Administration, Lehr- und Stoffplänen, sondern auch in den Denk- und Handlungsgewohnheiten des im Bildungsbereich praktisch tätigen Personals manifestiert, der Durchsetzung von Innovationen im Alltag der Schulen im Wege stehen wird.

Anmerkung

1) Bis vor acht Jahren wurde die Lehrerausbildung zentral (vom Erziehungsministerium) geregelt und war in Pädagogischen Akademien angesiedelt. Zur Zeit findet die Lehrerausbildung in den Universitäten statt und wird auch von ihnen geregelt. Die Universitätsabsolventen haben aber wegen der hohen Lehrerarbeitslosigkeit noch keinen Zugang in die Schule gefunden.

Literatur

Bouzakis, Joseph, 1987: Neugriechische Bildung. Gutenberg, Athen (2. Auflage)
(griechisch)

Damanakis, Michael, 1987: Migration und Bildung. Gutenberg, Athen
(griechisch)

Erziehungsministerium- UNESCO, 1984: Schulische Wiedereingliederung rückkehrender Schüler: Probleme und Perspektiven. Hrsg. von A. Gotowos und G. Markou, Athen (griechisch)

Hopf, Dieler, 1992: Schulische Wiedereingliederung von Remigrantenkindern in Griechenland. Münster.